

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

5 (3.2.1949)

(Fortsetzung von Seite 1)

Strecke. Andere auch bereits. Und es werden einige noch folgen. General Clay wird auch gehen.

Das versucht wird, das Gesicht zu wahren, daß wir dabei glauben sollen, es bestehe eine Kontinuität der Außenpolitik des führenden imperialistischen Landes, irritiert uns dabei nicht. Uns irritiert keinerlei Begeleitmusik, auch dann nicht, wenn sie so pompös und geltungshochend wie Wagnerische Opern uns in den Ohren klingen. Was klingt uns in den Ohren?

Cachin, der alte kommunistische Führer Frankreichs, Togliatti in Italien haben gesprochen. Von Oberst Tulpanow sei eine Rede auf dem SED-Parteitag zurückgezogen worden. Wir erfahren nicht, weshalb. Von den Ersten heißt es, sie haben versöhnlich und haben über Frieden gesprochen. Was man plötzlich entdeckt! Haben die Staaten des Sozialismus, haben die kommunistischen Führer in den verschiedenen Ländern der Welt je etwas anderes gewollt als den Frieden? Haben sie je etwas anderes in ihren Reden gefordert? Neu ist nicht ihr Verlangen nach Frieden! Neu ist aber, daß man es plötzlich entdeckt und wert befand, breit zu erörtern und zu kommentieren.

Eine zeitlang war die Parole der Westmächte in einem Wort zusammengefaßt, das auf gut Deutsch hieß: „Landgraf werde hart!“ Jetzt muß man sich in jenen Staaten den Tatsachen beugen und ist nicht abgeneigt, das, was ist, anzuerkennen. Man hofft dabei, nicht schlecht zu fahren, denn die Dinge sind im Fluß und was sie bringen ist nicht zu ihren Gunsten. Man möchte also einiges zum Abschluß bringen. Man möchte einiges beenden, auch das, was wir unter dem Namen „Kalten Krieg“ kennen. Wir können zustimmen, denn die Welt des Sozialismus scheut den Frieden nicht, sie weiß, daß sie ihn gewinnt! Und wer ist dabei in die Knie gegangen? Der Sozialismus gewiß nicht!

Wir haben dieser Tage in einem Blatt, das uns nicht hold ist, gelesen, die Sowjetunion, der Sozialismus habe die Realitäten, die Amerikaner die Spekulationen auf ihrer Seite. Ein wahres Wort.

In Westdeutschland wird weiter der Kopf in den Sand gesteckt. Ein Qualitätsausweis für die in Bonn agierende Garnitur von Politikern? Gewiß ein recht böser. Oftmals ist das so im Leben: Diener ihrer Herren bereifen meist nicht, wenn dessen Glanz und Macht abnimmt oder eine Täuschung fällt und ihn erzwingen bescheiden werden läßt. Die Diener werden hochfahrender und unterstreichen dabei nur das Malheur, das mit ihrem Herrn auch ihnen passierte.

Manifest der SED-Konferenz an das deutsche Volk

Die erste Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei, Deutschlands, die vier Tage unter starker Anteilnahme ausländischer Gäste in Berlin tagte, hat die politische Grundlinie der Partei festgelegt. Wilhelm Pieck stellte in seiner abschließenden Zusammenfassung drei große Aufgaben: Den Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, den Kampf um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der Ostzone und den Kampf um die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus.

Die Parteikonferenz richtete ein Manifest an das gesamte schaffende deutsche Volk. In ihm heißt es u. a.: **Deutsche Männer und Frauen in Stadt und Land!**

Durch das in London beschlossene Ruhrstatut ist das westdeutsche Industriegebiet aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgerissen und unter Sonderkontrolle gestellt.

Ohne das Ruhrgebiet mit seinen Kohlen- schätzen und seiner Industrie kann keine einheitliche selbständige lebensfähige deutsche Friedenswirtschaft verwirklicht werden, die die Lebensbedürfnisse unseres deutschen Volkes zu befriedigen imstande ist.

Ist es begrüßenswert oder zu verdammen, wenn hunderte von Arbeitern als Direktor — die dem Volke gehörenden Be-

triebe leiten, wenn die Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft mitbestimmen, wenn eine Volkskontrolle gegen Schieber und Schwarzhändler durchgeführt wird?

Ist es recht oder schlecht, wenn in der Ostzone das Volk an der Durchführung des Zweijahresplanes arbeitet, um mit eigener Kraft die Friedenswirtschaft zu entfalten und seinen Wohlstand zu heben, ohne an das ausländische Finanzkapital zu verschulden?

Ist es begrüßenswert oder zu verdammen, wenn in der Ostzone eine Polizei aus Arbeitern und Werktätigen gebildet wird und die alten reaktionären Richter durch Volksrichter ersetzt werden, wenn das werk-

tätige Volk den entscheidenden Einfluß in der Verwaltung und Wirtschaft ausübt?

Es sind alles demokratische Forderungen, die in der Ostzone verwirklicht werden konnten. Es sind die Beschlüsse von Potsdam, die hier eingehalten und durchgeführt wurden. Und diese Beschlüsse gelten für ganz Deutschland.

Alle diese Maßnahmen konnten in der Ostzone verwirklicht werden, weil die Sowjetunion das deutsche Volk in seinem Kampf für demokratische Einheit und gerechten Frieden unterstützte.

Darum ist die Ostzone die erste Basis im Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes, die es durch die Festigung der demokratischen Umwandlung zu erstarken gilt.

Wir fordern die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung.

Wir fordern die Aufhebung der Ruhrkontrollbehörde und die Eingliederung des Ruhrgebietes in das einheitliche demokratische Deutschland. Wir fordern die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Enteignung der Kriegs-Naziverbrecher in ganz Deutschland.

Wir fordern die Möglichkeit zur Entfaltung eines einheitlichen, den fortschrittlichen Traditionen und den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden kulturellen Lebens mit dem Protest gegen das Besatzungsstatut, den Abschluß eines demokratischen Friedens mit der zu bildenden deutschen Regierung und den Abzug aller Besatzungstruppen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, Handwerker, Gelehrte und Künstler, Jugend in Stadt und Land, ihr seid das Volk, ihr seid berufen und habt die Kraft, die Not zu brechen und ein Leben in Frieden und Freiheit zu gewinnen. Nur einig müßt ihr sein. Einig im Willen und in der Tat. Dazu ruft euch alle die erste Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf. Es lebe der Kampf für Einheit und gerechten Frieden. Es lebe der Sieg des Lagers der Demokratie und des Friedens über das Lager der Reaktion und des Krieges!

Das ist ein höchst wertvolles, ja ein heiligstes Recht — ein Recht, von dem wir hoffen und glauben, daß es die Welt befreien wird.

Well sie diese Worte des größten Amerikaners sich zu eigen machten, werden die Führer der Kommunistischen Partei der USA heute von einer herrschenden Klasse angeklagt, die sich gern als die Hüterin des Lincolns Erbes ausgibt, aber die seinen gefährlichen Ideen längst abgeschworen hat. Auch die jüngste Hexenjagd der amerikanischen Reaktion wird jedoch nicht verhindern, daß die Ideen der großen Befreier der Menschheit, der Paine, Lincoln, Marx und Lenin triumphieren, daß sie in den Worten Lincolns dereinst „die Welt befreien werden“.

J. Sch.

Inquisitionsprozeß im 20. Jahrhundert

Der Prozeß gegen die amerikanischen Kommunisten

Mit der wachsenden Geschwindigkeit, mit der die geschichtlichen Ereignisse abrollen und mit der die fortschrittlichen Kräfte der Welt von Sieg zu Sieg schreiten, wächst die Furcht der herrschenden Klassen. Um dieser Furcht vor dem Untergang seiner Welt zu entrinnen, flüchtet der Kapitalismus in ein Regiment der Verfolgungen und der Gewalt gegen diejenigen, die Fortschritt und Zukunft der Menschheit verkörpern. Was sich nach außenhin in Kriegshysterie und wahn- sinnerischen Vorschlägen für „Atombomben- expeditionen“ gegen die Sowjetunion (wie denen des amerikanischen Kongreßmitglieds Bishop) äußert, das nimmt nach innen die Formen einer ins Groteske gesteigerten Furcht vor den Kommunisten an.

Eine neue Terrorwelle geht über die kapitalistische Welt. Nicht nur in Griechenland und Franco-Spanien werden Kommunisten zu Hunderten hingerichtet. In Indien, in Japan, in Südafrika, in den arabischen Ländern, in den Kolonien der westeuropäischen Staaten werden die kommunistischen Parteien (aber nicht nur sie) unterdrückt, überall in den „westlichen Ländern“ versucht man, sie aus führenden Stellungen in den Gewerkschaften zu entfernen, in Belgien hebt man die Immunität eines kommunistischen Abgeordneten auf, in Westdeutschland stellt man Max Reimann unter Anklage.

Und nun hat in den USA der Prozeß gegen zwölf Führer der Kommunistischen

Partei begonnen. Selbst in der langen Geschichte der Prozesse gegen die amerikanische Arbeiterbewegung, die an Justizmorden nicht arm ist, ist dieser Prozeß neuartig. Denn die angeklagten Führer der Kommunistischen Partei der USA werden nicht wie Parsons, Spies, Fischer und Engels in den 80er Jahren oder wie Mooney 1916 und Sacco und Vanzetti in den zwanziger Jahren des Bombenattentats oder des Raubüberfalls beschuldigt. Sie sind angeklagt, „eine Partei organisiert und geführt zu haben, die sich auf marxistisch-leninistische Prinzipien gründet“. Zum ersten Male in der amerikanischen Geschichte wird eine Weltanschauung, eine politische Idee, der Marxismus-Leninismus, für „verbrecherisch“ erklärt und die Bekenner dieser Idee als „Verbrecher“ unter Anklage gestellt. Wenn die Angeklagten für schuldig erkannt werden, so kann das nicht nur eine Strafe bis zu zehn Jahren Gefängnis für sie bedeuten, sondern gleichzeitig die Ungesetzlichkeitserklärung der Kommunistischen Partei.

Zur Zeit Roosevelts ist eine ähnliche Anklage gegen Kommunisten bereits einmal als verfassungswidrig abgelehnt worden. Heute führt die amerikanische Reaktion den Prozeß gegen die Führer einer Partei durch, von der sie selbst immer wieder behauptet, sie sei völlig unbedeutend und finde in Amerika keinerlei Anhang. Die Presse behandelt den Prozeß in der Art eines gewöhnlichen Kriminalprozesses, obgleich er in weiten Kreisen des amerikanischen Volkes auf scharfe Ablehnung stößt. Für seine Durchführung ist typisch, daß bei Prozeßbeginn vor dem Eingang des Gerichts in New York nicht weniger als 400 Polizisten aufgestellt waren, die größte Zahl, die jemals vor einem Gerichtsgebäude in den USA postiert wurde.

Die Verteidiger der Angeklagten haben sowohl gegen dieses Polizeiaufgebot, als auch gegen die Zusammensetzung des Gerichtshofes protestiert. Sie haben erklärt,

daß die Geschworenen fast ausschließlich aus den Reichtümern New Yorks stammen und somit nicht demokratisch ausgewählt wurden. (Sie haben bei dieser Gelegenheit nachgewiesen, daß die Hälfte aller Geschworenen in New York, das 24 Wahlbezirke hat, aus einem einzigen Distrikt, dem im Volksmund „Seidenstrumpf-Distrikt“ heißt, kommen.) Weder Angehörige der arbeitenden Bevölkerung, noch der rassischen und politischen Minderheiten befinden sich unter den Geschworenen. Als die Verteidigung einen der Geschworenen, den Bankier Herbert Allen, auf die Zeugenbank rief, wurden alle Fragen, die sein Einkommen, seine häuslichen Verhältnisse, seine Mitgliedschaft in Organisationen und Parteien betrafen, vom Richter abgewiesen. Die Verteidigung erklärte, daß unter diesen Umständen das ganze Geschworenen-system nur als ein „Organ der Reichen“ betrachtet werden könnte.

Das ist die Atmosphäre, in der der Prozeß gegen die amerikanischen Kommunisten begonnen hat. Die herrschende Klasse in dem mächtigsten kapitalistischen Lande der Welt fühlt sich so unsicher, daß sie die Ideen einer kleinen Partei verfolgen muß. Die amerikanische Bourgeoisie, die selbst ihre Macht der Revolution gegen die englische Krone und dem Bürgerkrieg gegen den Süden verdankt, klagt heute amerikanische Arbeiterführer an, nicht weil sie eine Revolution gemacht, sondern nur weil sie den „Gedanken der Revolution“ propagiert haben. Nichts könnte besser die Zersetzung der untergehenden kapitalistischen Welt demonstrieren. Am 12. Januar 1948 erklärte Abraham Lincoln im amerikanischen Repräsentantenhaus:

„Jedes Volk irgendwo in der Welt hat, wenn es so will und die Macht dazu besitzt, das Recht, sich zu erheben, die bestehende Regierung abzuschütteln und eine neue zu bilden, die ihm besser paßt.“

Die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes

Westzonen ohnehin ausgeübt werden wird. Bemühen sich die Marshallplan-Parteien, diese Annexionen im Westen mit dem Mantel der Liebe zu verdecken, so treten sie gegen die Gebietsabtretungen an Polen und die Sowjetunion mit einer wüsten chauvinistischen Hetze auf. Dabei verschweigen sie wohlweislich, daß die Oder-Neiße-Grenze nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den USA und England in Potsdam festgelegt wurde.

Wenn die KPD sich offen für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als einer Friedensgrenze ausgesprochen hat, so ist für uns neben der gemeinsamen Festlegung durch alle Alliierten als unmittelbare Reaktion nach dem Ende des verbrecherischen Hitlerkrieges, der das polnische Volk sechs Millionen Tote kostete, vor allem die Tatsache entscheidend, daß es sich hierbei tatsächlich um eine Wiedergutmachung zum Nutzen der geschädigten Bevölkerung handelt. Diese Gebiete sind nicht mehr von Deutschen bewohnt, und eine Abänderung der alliierten Verträge ist auf friedlichem Wege nicht möglich. Aber es kommt noch eines hinzu. Von den Gebieten aus, die wir an Polen und die Sowjetunion abtreten mußten, wird nie eine Aggression ihren Anfang nehmen, weil dort die Macht der Grundbesitzer und Monopolherren endgültig gebrochen ist.

Die Gebietsabtretungen im Westen sind dagegen nicht nur eine einseitige Maßnahme der Westmächte, sie kommen nicht nur mehr als drei Jahre nach Kriegsende, sie beziehen sich nicht nur auf Gebiete, die noch von Deutschen bewohnt sind, sondern sie sind angesichts der in den Westzonen betriebenen Politik der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus und seiner Einbeziehung in einen Westblock auch keine Garantie für den Frieden. Es ist daher kein Nationalismus, wenn wir gegen die Grenzänderungen im Westen mit aller Entschiedenheit unsere Stimme erheben. Genau so, wie gegenüber dem sowjetischen und dem polnischen Volk sind wir auch gegenüber den Völkern Westeuropas zur Wiedergutmachung bereit. Von einer Annexion, wie sie in Auswirkung der

Der britische Gewerkschaftsführer Deakin beantragte bei der Sitzung des Exekutivbüros des Weltgewerkschaftsbundes: der WGB solle ein Jahr in Urlaub gehen. Als er dem chinesischen Delegierten das Wort verbotlen wollte, verwarfte sich die Mehrheit gegen dieses eigenartige Verhalten. Deakin wurde von dem Vertreter der USA-Gewerkschaft CIO und dem Holländer Küpers unterstützt. Diese „Arbeiterführer“ muteten also 70 Millionen Gewerkschaftlern zu, ihren gemeinsamen Kampf um bessere Lebensbedingungen zugunsten des Marshall-Planes und der kolonialen Ausbeutung zunächst einmal ein Jahr auf Eis liegen zu lassen. Ein Urlaub also, der sich für die Feinde der Arbeiterklasse bestens bezahlt gemacht hätte.

Daß die Mehrheit des Exekutivbüros sich diesem verräterischen Ansinne nicht anschließen konnte, war für Deakin, Carey und Küpers der vorgegebene Grund, die Sitzung „spontan“ zu verlassen. In Wirklichkeit aber waren sie über Paris gekommen, um im Auftrage und im Interesse der amerikanischen Monopolisten und deren

Gewerkschaft AFL den großen Bund der Werktätigen zu spalten. Sie führen anschließend nach Bern, um mit anderen Anhängern des Marshall-Planes darüber zu beraten, wie man die Werktätigen zur Rettung des Kapitalismus besser einspannen kann. Soweit sind die reformistischen Führer bereits gesunken, daß sie die Zusammenarbeit der Arbeiter aller Länder dem Bündnis mit dem amerikanischen Finanzkapital und mit den Kapitalisten ihrer eigenen Länder opfern. Es mag wohl symbolisch gewertet werden, daß bei diesem Beschluß ein Arbeiterführer mitgewirkt hat, dessen Partei mitverantwortlich zeichnet für den Überfall auf Indonesien.

Die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes ist damit zur Tatsache geworden. Schuld an dieser Spaltung sind dieselben Führer, die die Arbeiterbewegung ihrer Länder von Niederlage zu Niederlage geführt haben. Sie haben wieder einmal gehandelt, ohne ihre Mitglieder zu fragen, ohne eine Diskussion zuzulassen. Das Wort der kapitalistischen Reaktion war ihnen Befehl.

Damit kann und wird jedoch der Kampf der fortschrittlichen Gewerkschaftler in den durch das selbstherrliche Handeln dieser Führer betroffenen Ländern um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht beendet sein. Den Platz der drei „Urlauber“ haben im großen Rat des Bundes der Werktätigen die Vertreter der chilenischen, siamesischen, südrhodesischen, philippinischen und der im harten Freiheitskampf gegen die holländischen Unterdrücker stehenden indonesischen Gewerkschaftler eingenommen. Nichts

kann besser die Situation des Weltgewerkschaftsbundes und die reaktionäre Haltung der ausgetretenen Führer kennzeichnen.

Der Stellung der deutschen Gewerkschaften in den Westzonen kommt große Bedeutung zu. Leider besteht angesichts der bisherigen Haltung dieser Gewerkschaftsführer die Gefahr, daß nicht die besten Interessen der deutschen Arbeiterschaft, sondern die Wünsche der prokapitalistischen AFL-Führer, mit denen sie seit langem auf engste zusammenarbeiten, ihre Entscheidung bestimmen werden. Die Beteiligung des deutschen Gewerkschaftssekretärs Rosenberg an der Sitzung der Gewerkschaftler der Marshall-Plan-Länder deutet bereits darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer in den Westzonen sich von den Gründern der neuen Spalterbewegung ins Schlepptau nehmen lassen wollen.

Diese Bestrebungen der Rosenberg, Tarnow und Böckler werden bei allen fortschrittlichen Gewerkschaftlern auf stärksten Widerstand stoßen. Es darf nicht geduldet werden, daß diese Führer selbstherrlich, ohne die Mitgliedschaft zu fragen, sich mit den Spaltem des Weltgewerkschaftsbundes verbinden und so die west- und süddeutsche Arbeiterschaft von der mächtigen Bewegung isolieren. Diese Isolierung wäre das verhängnisvollste, was der deutschen Arbeiterschaft geschehen könnte. Es muß deshalb die Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften sein, das Entscheidungsrecht der gesamten Mitgliedschaft in dieser so wichtigen Frage zu fordern.

-tz-

Bodenreform in China

Von Mao Tse Tung, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas

Im Augenblick, da der Fall Nanking und Schanghai unmittelbar bevorsteht, ist die Frage hochaktuell, welches Regime die siegreiche Volksrevolution in China einführen wird. Der Führer der chinesischen Kommunisten, Mao Tse Tung, der auch von seinen schärfsten Gegnern als überragende Persönlichkeit anerkannt wird, entwickelt hier seine Leitgedanken für ein neues China.

Der revolutionäre Kampf des chinesischen Volkes ist am entscheidenden Wendepunkt angelangt. Das ist ein Wendepunkt in der ganzen chinesischen Geschichte, nämlich die Abkehr von dem zwanzigjährigen konterrevolutionären Regime Tschiang Kai Scheks, die Abkehr von der mehr als hundert Jahre alten Beherrschung Chinas durch ausländischen Imperialismus. Das ist ein großes Ereignis, weil es sich in einem Land mit einer Bevölkerung von 450 Millionen Menschen und im östlichen Teil der Welt abspielt, in dem eine Milliarde Menschen, die Hälfte der Erdbevölkerung, leben, die unter imperialistischem Druck leiden. Der Übergang des chinesischen Volkes von der Defensive zur Offensive wird jubelnd von diesen unterdrückten Völkern begrüßt und gibt ihnen neuen Mut.

Im September 1947 berief unsere Partei einen Nationalkonvent ein, der das grundlegende Programm der chinesischen Boden-

reform nicht nur beriet und beschloß, sondern es auch direkt in verschiedenen Provinzen unseres Landes verwirklichte. Dies Grundprogramm setzt fest, daß das Land gerecht unter die Bauern verteilt wird, d. h. daß das System der feudalen und halbfeudalen Landarbeiterausbeutung abgeschafft wird. Nur ein Grundsatz soll gelten: „Das Land gehört dem, der es bebaut“. Dieser Grundsatz steht im Einklang mit dem Verlangen der großen Masse der chinesischen Bauern, der entschlossenen und restlosen Verwirklichung dieser Bodenreform müssen in den Dörfern umfassende Massenorganisationen der Bauern geschaffen werden, an deren Spitze gewählte Exekutivausschüsse stehen. Darin müssen Landarbeiter, arme und mittelgroße Bauern vertreten sein. Auch müssen, und zwar an erster Stelle, Bauernbünde mit gewählten Exekutivausschüssen gegründet werden, die nur aus den Massen der armen Bauern und Landarbeiter bestehen. Diese werden die gesetzlichen Organe zur Durchführung der Bodenreform sein. Die Bauernbünde sollen den führenden Bestandteil dieser Organisation bilden bei allen Auseinandersetzungen, die mit der Landreform verbunden sind. Wir wollen uns in unserer Politik auf die armen Bauern stützen und auch ein festes Bündnis mit den

mittelgroßen Bauern aufrechterhalten, um das feudale und halbfeudale System der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzerklasse und die reichen Bauern zu vernichten. Der Landbesitz, den Großagrarier und reiche Bauern erhalten, darf nicht größer sein als der, den die Massen der armen Bauern erhalten. Der Prozentsatz der Großgrundbesitzer und reichen Bauern unter der Landbevölkerung ist in den einzelnen Provinzen Chinas verschieden, doch kann man allgemein sagen, daß sie nur 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Aber der Landbesitz, der in ihren Händen ist, umfaßt 70-80 Prozent des ganzen bebauten Bodens. Darum richtet sich unsere Reform gegen eine sehr kleine Schicht, während die Bevölkerung in den Dörfern, die sich zur geinten Front für die Bodenreform zusammenschließt, mehr als 90 Prozent der Landbevölkerung umfaßt.

Zwei Grundsätze müssen beachtet werden: 1. Die Forderungen der armen Bauern und der Landarbeiter müssen erfüllt werden, das ist die Hauptaufgabe der Landreform. 2. Die Einheit mit den mittelgroßen Bauern muß aufrechterhalten und ihre Interessen dürfen nicht verletzt werden. Die Bodenreform wird zweifellos erfolgreich

durchgeführt werden, wenn wir uns an diese beiden Grundsätze halten.

Während der vergangenen heftigen Kämpfe um die Agrarreform hielt sich die Partei in Shansi und Suiyuan nicht streng an den Grundsatz unserer Partei, die kategorisch jegliche Gewalttätigkeit verbietet. So wurden überflüssigerweise einige von den Großgrundbesitzern und reichen Bauern im Verlauf der Agrarreform zum Tod verurteilt, während einige schlechte Elemente unter den Dorfbewohnern diese Gelegenheit benutzten, um persönliche Rache zu üben. Dies brachte auch einigen Arbeitern den Tod.

Wir halten es für absolut notwendig und richtig, daß die Volksgerichte und die demokratische Regierung verbrecherische Elemente zum Tode verurteilen, die sich aktiv der volksdemokratischen Revolution widersetzen und das Werk der Bodenreform sabotieren, weil sonst keine neue demokratische Ordnung geschaffen werden kann. Aber alle anderen Anhänger der Kuomintang-Partei, die Großgrundbesitzer, die reichen Bauern und alle anderen, die keine großen Verbrechen begangen haben, können beruhigt sein. Ihre Hingichtung wird nicht gestattet werden. Ebenso wird körperliche Tortur streng verboten sein beim Verhör von verbrecherischen Elementen, die vor die Volksgerichte kommen oder die der demokratischen Regierung in die Hände fallen.

„Wenn China stirbt“!

Aus einem Brief an uns:

Unter dieser Überschrift liest man im „Mannheimer Morgen“ eine rührselige Geschichte, die sich um die Person eines Benediktiner-Abtes in Gent in Belgien dreht. Es handelt sich bei diesem mysteriösen Abt um niemand anders als um Dr. Lou Tsen-tsiang, den ehemaligen Außenminister und späteren Ministerpräsidenten der chinesischen Republik zur Zeit Sun-Yat-sens. Besagter Dr. Lou Tsen-tsiang soll nun vor zwei Jahren Madame Tschiang Kai-Schek gegenüber erklärt haben: „Wenn China stirbt, werde auch ich sterben.“ Und siehe da — am 15. Januar d. J. starb besagter Dr. und spätere Benediktiner-Abt, „ohne vorher krank gewesen zu sein“. Und an diesem 15. Januar starb nach Meinung des Artikelschreibers auch China. Um eine Begründung dieser Behauptung auch nicht verlegen, lesen wir von den in diesem Tage verkündeten „acht tödlichen Bedingungen der chinesischen Kommunisten“ und nicht genug damit, kam an diesem Tag der ablehnende Bescheid der westlichen Großmächte, im chinesischen Bürgerkrieg zu vermitteln. Aber dieser ereignisreiche Tag brachte noch etwas anderes, nämlich den Rücktritt Tschiang Kai-Scheks, des Exponenten eines verfaulten korrupten Systems. Und deswegen soll China an diesem Tag gestorben sein? Das glaubt der Artikelschreiber Heinz Liepmann ja selbst nicht. Dieser Tag brachte auch die Erklärung des Nachfolgers von Tschiang Kai-Schek, daß die Nationalregierung die politischen Gefangenen entlassen, die Zensur aufheben und die Einschränkungen der Rechte der Person aufheben werde. Durchsichtig ist dabei zwar der Zweck, denn es soll noch getretet werden vom alten System, was nicht mehr zu retten ist, aber es wird dabei eingestanden, was in China gegenwärtig zu Grunde getragen wird. Es stirbt das Alte, Veraltete, es stürzen die, die maßloses Ungemach über das chinesische Volk brachten und es wird das Neue, Zukunftsträchtige in einer siegreichen Revolution von Weltbedeutung geboren. Das in seiner Geburtsstunde zu verurteilen hat sich der Artikelschreiber Heinz Liepmann zur Aufgabe gestellt. Darum lesen wir, daß in ein paar Jahrhunderten die Menschen Chinas sich an den verstorbenen Benediktiner-Abt erinnern und ihre „Unterdrücker“ verjagen werden. Nein, Herr Liepmann, Sie sind jetzt schon dabei, ihre Unterdrücker zu verjagen, haben es im wesentlichen schon getan und das ist der Grund, warum Sie ein Ammenmärchen aufzuspüren, das zur Geschichtslüge werden soll.

H. G.

Da lachen die Hühner

Der große Bestand an Legehühnern, die allmählich einsetzende Legeperiode, die erwartete Aufhebung des Eierhöchstpreises von 30 Pf. und nicht zuletzt das Eier-Ablieferungs-Anreizprogramm lassen in nächster Zeit bei ausreichendem Eierangebot einen Preissturz erwarten. Das ist der neueste Propagandaschwindel, der als ein „echter Goebbels“ bezeichnet werden könnte, und der die Lizenzpresse natürlich bereitwillig verbreitet. Dann wird von „verdächtigem Verkaufsbereitschaft“ des „grauen“ und „schwarzen“ Marktes berichtet — woher wissen sie denn das? — von einer nun einsetzenden „Eierschwemme“ und der ganzen verlogenen Propagandatrick wird mit der Warnung abgeschlossen, daß die Hausfrauen ja mit dem Kauf noch zurückhalten sollen, wenn demnächst die Börsennotierung mit einem „Anfangspreis“ für Eier von 42 Pf. einsetzt. Die schaffenden Kreise wissen genau, daß ihr tägliches Brot fast bis zur Ungenießbarkeit verschlechtert und nun auch im Quantum gekürzt wurde, weil ein Teil des Brotetretes auch als Hühnerfutter „fehlgeleitet“ wurde. Daß nun aber der jetzige Eierpreis von 1.— bis 1.20 auf 0.42 herabgedrückt werden kann, das wird man ihnen nach den bisherigen traurigen Erfahrungen nicht weismachen können. Von dem ganzen Propagandaschwindel ist nur eine Tatsache wahr — daß nämlich der Eierhöchstpreis aufgehoben werden soll. Dieser Höchstpreis von 0.30 wurde bekanntlich erst festgelegt, als nach der Freigabe der Eier die Preise in die Höhe schnitten und die Eier zu diesen Wucherpreisen ihre Käufer gefunden hatten. Genau so wie der Arbeiter am freien Markt auch nicht ein einziges Ei für 0.30 zu kaufen bekam, genau so wird er auch nicht ein einziges Ei zu dem „Börsenpreis“ von 0.42 am freien Markt kaufen können. Da müssen selbst die Hühner darüber lachen. Die abermalige Freigabe der Eier und Aufhebung des „Propaganda-Höchstpreises“ von 0.30 hat ja nur den Zweck, bei der angekündigten „Eierschwemme“ einen saftigen Profit zu ermöglichen. Der „freie“ Eiermarkt wird sich den Teufel um die Börsennotierungen kümmern, genau so wenig wie um den bisherigen Höchstpreis von 0.30.

Max Reimann sprach in Mannheim

Die größte Kundgebung Mannheims seit 1945

Die größte politische Kundgebung, die Mannheim seit 1945 erlebt hat, war die der Kommunistischen Partei am vergangenen Mittwoch. Max Reimann, der Vorsitzende der KPD Westdeutschlands, sprach im Musensaal des Rosengartens. Der Saal, festlich geschmückt, war lange vor Beginn überfüllt. Obwohl sich im Saale mehr als 3000 Menschen dicht gedrängt versammelt hatten, mußten viele Hunderte wieder umkehren oder im Freien am Lautsprecher die Rede über die „Schicksalsfragen des deutschen Volkes“ anhören.

Alle Schichten der Mannheimer Bevölkerung waren in dieser Versammlung vertreten. Zahlreich waren Jugendliche und Frauen erschienen. Die Kundgebung stand unter dem Motto: „Verrat an der Ruhr ist Verrat an Deutschland“. Ein Spruchband trug in großen Lettern über den ganzen Saal gespannt, diese treffende Inschrift.

Genosse Willy Grimm begrüßte für den Kreisvorstand Mannheim den Parteivorsitzenden Genossen Max Reimann. Genosse Hermann Nau überbrachte ihm

in eindrucksvoller Weise die Grüße der Mannheimer Jugend. Genosse Grimm bemerkte einleitend, daß der Prozeß gegen unseren Genossen Max Reimann, mit dem die Kommunistische Partei getroffen werden soll, ein lebhaftes Echo im deutschen Volk und in der Welt ausgelöst habe, ein Echo, das den Volksfeinden recht unangenehm geworden ist und sie Betrachtungen über die Zweckmäßigkeit des Prozesses und seiner Begründung anstellen ließ. Es zeige sich, daß eine Politik, die schlecht ist, bei aller vermeintlichen Schlaueit immer zu einer schlechten Taktik führen müsse.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei wurde mit stürmischem Beifall begrüßt und sehr oft spontan durch Beifallskundgebungen während seiner Rede unterbrochen.

Genosse Max Reimann begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß er seinem Prozeß in aller Ruhe entgegenstehe. „Ich schlafe ruhig wie noch nie, aber ich weiß, daß andere Politiker nicht ruhig schlafen.“ Dr. Schumacher wie Dr. Adenauer seien für das Besatzungsstatut verantwort-

lich. Dr. Schumacher habe als erster es gefordert. Akut in Westdeutschland wurde es nach seiner Amerikareise. Dr. Adenauer wünscht eine 45jährige Besatzungszeit. Dr. Schumacher ist bescheidener und möchte sich mit einer von 25 Jahren begnügen. Beide zusammen haben mit vorbereitet, was uns als wesentlicher Teil des kommenden Besatzungsstatuts im Ruhrstatut bereits aufgedrückt worden ist. Das Besatzungsstatut wird die eigentliche Verfassung Westdeutschlands geben und das in Bonn von den 65 Politikern ohne Legitimation vom deutschen Volk ausgearbeitete Grundgesetz wird nur die Geschäftsordnung dazu abgeben. Die Professoren und Doktoren in Bonn können sich nicht auf einen Auftrag von deutschen Volk berufen. Die Militärgouverneure haben deutlich genug festgestellt, daß der Parlamentarische Rat in ihrem Auftrag zur Durchführung der „Londoner Empfehlungen“ arbeitet.

In seinen sarkastischen Ausführungen über die Bonner Komödie zeichnete er ein vernichtendes Bild der beiden Hauptfiguren Dr. Adenauer und Carlo Schmitt. Dr. Aden-

auer erstand vor den Augen der Zuhörer als einer der meistbelasteten Separationspolitiker des Rheinlands. Dr. Carlo Schmitt als der Gerichtsoffizier in Frankfurt und Stadtkommandant von Lille, als „Funktionär“ in Hitlers Wehrmacht. Ihre Vergangenheit wie ihr gegenwärtiges Tun dürfen nicht nur Mißtrauen, sondern müssen die entscheidende Gegnerschaft im werktätigen Volk Deutschlands hervorrufen.

Das Ruhrstatut bedeute die wirtschaftliche und politische Annexion des Ruhrgebietes. Westdeutschland solle völlig in Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital gebracht werden. Das deutsche Volk werde so gehindert, seine Wirtschaft nach eigenen Bedürfnissen aufzubauen. Das Ruhrstatut räume den ausländischen Kapitalisten ähnliche Rechte ein, wie sie einst die Imperialisten in China genossen haben. Dazu werden diese Sonderrechte auch auf deutsche Staatsangehörige ausgedehnt, die im Dienst der Ruhrbehörde stehen. In der Praxis bedeute dies noch mehr wie bisher, daß die deutschen Monopolkapitalisten, Kriegsverbrecher und Verderber des deutschen Volkes für ihre Handlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Das Besatzungsstatut bringe einen schlechteren Zustand, als er gegenwärtig bestehe. Gegenwärtig aber werden an Besatzungskosten bereits 5,5 Milliarden insgesamt in Westdeutschland bezahlt. Es kommen dazu noch die Gelder für die „Schwarze Garde“, die ehemaligen SS-Leute aus den Oststaaten. Er forderte, diese in ihre Heimat zurückzuführen, und wenn deren schlechtes Gewissen ihnen die Rückkehr in ihre Heimat nicht gestatte, sie doch nach England oder Amerika zu überführen, eine Forderung, die in der Versammlung lebhaftesten Beifall fand.

Auf die Niederlage des Weltimperialismus anspielend, rief Genosse Reimann aus: „Ich sehe auch den Tag im Westen kommen, wo es deutsche Tschiang Kai-Scheks geben wird! Nicht wahr, Sie verstehen mich doch, Herr Dr. Adenauer und Herr Dr. Schumacher?“ Unter brausendem und nicht endenwollendem Beifall schloß Genosse Reimann seine Rede mit den Worten: „Das deutsche Volk will einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen. Die Werktätigen Deutschlands wollen über sich selbst und in der Wirtschaft bestimmen.“

Belegschaft mußte sich durch Arbeitsniederlegung durchsetzen

Firma Cron muß mit dem Gewerkschaftsvertreter verhandeln — Tarifverträge sind einzuhalten

In der Maschinenfabrik Cron, Industriehafen, ist auch kein leichtes Arbeiten für die Belegschaft. Die Zerstörungen infolge des Krieges konnten noch nicht alle beseitigt werden, so daß die Arbeiter in einer kalten, zugigen Werkhalle bei ungenügenden Beleuchtungsverhältnissen arbeiten müssen. Trotz dieser widrigen Umstände hat aber die über 50 Mann starke Belegschaft in der Vergangenheit doch ihre Arbeit geleistet, die es dem Firmeninhaber ermöglichte, recht gut zu verdienen. Dagegen hat die Firma ihre tariflichen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nicht erfüllt, so daß die Belegschaft in einer Betriebsversammlung Stellung nehmen mußte. Die Firma zahlt Akkordlöhne nach einem Multiplikator von 1,9, während 2,06 tariflich festgelegt ist. Das bedeutet, daß die Akkordarbeiter bei dieser Firma (es wird durchweg im Akkord gearbeitet) einen Lohnverlust im Minimum von 10 Pfennig pro Stunde bisher hatten. Der Verlust ist aber in Wirklichkeit höher und wird um so größer, je mehr der Akkordarbeiter schuftet. Die errechneten 10 Pfennig sind der Mindestsatz unter Zugrundelegung von 60 Akkordminuten in der Stunde. Der Betriebsrat hatte in bedauerlicher Unkenntnis der tariflichen Abmachungen mit der Firma diesen Multiplikator von 1,9 vereinbart, eine Vereinbarung, die rechtlich keine Gültigkeit hat, weil sie gegen den für Unternehmer und Arbeiter bindenden Tarif verstößt.

Die Belegschaft erwartet nunmehr, daß sich die Firma an die gültigen Bestimmungen hält, und daß sie für den bisherigen Verlust entschädigt wird. Sie erwartet ferner, daß die tariflichen Zuschläge für Nachtarbeit bezahlt werden. Durch die Stromsperrung wurde in diesem Betrieb die Arbeitszeit von 12 bis 21 Uhr festgelegt. Sie fällt also in der Zeit

von 19 bis 21 Uhr in die Nachtarbeit, wofür mindestens 10 Prozent Zuschlag nach dem Tarif gewährt werden müssen. Bei der Nachtarbeit wurden auch die gesetzlichen Jugendschutzvorschriften nicht beachtet.

Der Betriebsinhaber Schwab hatte aus „prinzipiellen Gründen“ eine Verhandlung mit dem Gewerkschaftsvertreter abgelehnt, so daß sich die Belegschaft veranlaßt sah, die Arbeit niederzulegen, um diesen Unternehmern entgegenzutreten.

In einer nach dieser Arbeitsniederlegung am 27. Januar stattgefundenen Betriebsversammlung, an der auch ein Vertreter des Industrieverbandes Metall teilnahm, lenkte Herr Schwab sichtlich ein und erklärte sich verhandlungsbereit, allerdings nur unter Hinzuziehung eines Arbeitgebervertreters. Von diesen Verhandlungen erwartet nun die Belegschaft, daß der Betriebsinhaber Schwab die gerechten Forderungen der Belegschaft nach Einhaltung der tariflichen Bestimmungen erfüllt. Herr Schwab wird zu beweisen haben, daß seine in der Betriebsversammlung gesprochenen Worte wirklich ernst gemeint waren. Die Belegschaft darf auf ihre tariflichen und gesetzlichen Rechte, Bezahlung der Zuschläge für die Nachtarbeit, Bezahlung der Akkordarbeit nach dem tariflichen Multiplikator von 2,06, Entschädigung für den bisher entgangenen Arbeitsverdienst und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Jugendarbeit, nicht verzichten.

zuziehung eines Arbeitgebervertreters. Von diesen Verhandlungen erwartet nun die Belegschaft, daß der Betriebsinhaber Schwab die gerechten Forderungen der Belegschaft nach Einhaltung der tariflichen Bestimmungen erfüllt. Herr Schwab wird zu beweisen haben, daß seine in der Betriebsversammlung gesprochenen Worte wirklich ernst gemeint waren. Die Belegschaft darf auf ihre tariflichen und gesetzlichen Rechte, Bezahlung der Zuschläge für die Nachtarbeit, Bezahlung der Akkordarbeit nach dem tariflichen Multiplikator von 2,06, Entschädigung für den bisher entgangenen Arbeitsverdienst und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften in bezug auf die Jugendarbeit, nicht verzichten.

„Haben Sie eine reine Werte?“

Betriebsleiter Barthold von der Isolation Neckarau stellt „Verhöre“ an und bezichtigt die Arbeiterinnen des Diebstahls

Die Isolation Neckarau ist unseren Lesern durch ihre Kompensationsgeschäfte mit Lebensmitteln der Werkantenne zum Schaden der Belegschaft bereits bekannt. Heute müssen wir uns erneut mit dieser Firma beschäftigen, weil der Herr Betriebsleiter Barthold der Meinung ist, daß er die Methoden, die er sich einst im Umgang mit Kriegsgefangenen angeeignet hat, heute wieder gegen die Belegschaft anwenden kann. Zwei Arbeiterinnen wurden beim Mitnehmen von etwas Baumwolle erwischt. Das BGB nennt dies Diebstahl. Durch die geringen Löhne, die nicht zum Leben ausreichen, ist natürlich die Versuchung für derartige Delikte groß. Was aber die Empörung der ganzen Belegschaft hervorgerufen hat, ist, daß Herr Barthold reinweislich die Arbeiterinnen in sein Büro rufte und nach Gestapoart verhört, etwa nach folgendem Schema: „Fräulein X! Wie ich hörte, haben Sie

auch bei uns Baumwolle entwendet. Sagen Sie es ruhig, Sie brauchen keine Angst zu haben, daß Sie entlassen werden.“ Antwort: „Ich habe nichts gestohlen, Herr Barthold.“ Frage: „Geben Sie es ruhig zu, etwas haben Sie doch mitgenommen. Wenn Sie es zugeben, bekommen Sie nur eine kleine Strafe und ihre Weste ist rein.“

Etwa die Hälfte aller Arbeiterinnen wurde auf diese Weise des Diebstahls bezichtigt, bis der Betriebsrat Kenntnis davon erhielt und die Verhöre abstellte.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß man Herrn Barthold eigentlich einmal fragen müßte, ob seine Weste rein ist. Der „Müllufer“ Barthold war während des Krieges Werkeschutzleiter. Wie er sich als solcher verhalten hat und auch einiges andere, können wir vielleicht bei einer anderen Gelegenheit beleuchten.

Unrecht an den Heimkehrern

Ein Kriegsgefangener aus Jugoslawien wurde am 31. Dezember 1948 aus dem Entlassungslager Ulm/Donau entlassen. Er besaß noch einen Altgeldbetrag von RM 182,- und wollte Anfang Januar sein Altgeld in DM umtauschen. Er bekam aber nicht einmal den Kopfgeldbetrag von DM 60,- ausbezahlt, weil nach den bestehenden Bestimmungen ein Umtausch von Altgeld nur bis 31. Dezember 1948 möglich war. Der Heimkehrer schreibt uns voller Empörung unter anderem folgendes: „Sollen wir, die wir durchweg vier Jahre unserer Wiedergutmachungspflicht in fremden Ländern nachgegangen sind, die wir für unsere deutsche Heimat in die Millionen Mark gehenden Reparationen geleistet haben, hier wieder die Dummen sein, nur weil wir als Kriegsgefangene im Schachspiel der internationalen Politik so lange zurückgehalten worden sind?“

„Wir sind jung, die Welt ist offen“

Aus dem Brief eines Mädels der Ostzone: „...Uns Jugendlichen steht der Weg offen. Bei uns in der Ostzone können Menschen aller Klassen und Schichten studieren. Nicht der Geldbeutel des Vaters, sondern der Wille zum Schaffen öffnet uns alle Türen. Es gibt keinen Beruf mehr, der einem Arbeiterkind verschlossen bleibt. Mit Stolz dürfen wir das Lied: „Wir sind jung, die Welt ist offen“ in die Welt hineinsingen. Ja, ich bin ganz stolz, zu unserer Weihnachtsfeier bin ich als Aktivistin ausgezeichnet worden.“

Arbeitsgerichtsverhandlung enthüllt Lehrlingselend

Lehrling geschlagen und getreten

Ein besonders trauriges Kapitel über die Behandlung eines Lehrlings enthüllt sich anläßlich eines Termins beim Arbeitsgericht Mannheim. Folgender Tatbestand lag vor. Ein beim Schreinermeister Kröckel in Mannheim beschäftigter Lehrling hatte irgend eine Kleinigkeit verpfuscht. So etwas soll öfters vorkommen, besonders bei jungen Menschen, die erst noch lernen müssen. Aber was eigentlich nicht mehr vorkommen sollte ist, daß Herr Kröckel aus diesem Anlaß den Lehrling nicht nur schlägt, sondern in grausamer Weise mißhandelt. Ein Geselle sagt vor dem Arbeitsgericht aus: „Der Lehrling wurde so geschlagen, wie ich es noch nie erlebt habe“. Der Lehrling wurde vom Boden herangezerrt, mit dem Winkel auf den Kopf geschlagen, mit Fußtritten traktiert und dies mindestens eine viertel Stunde lang. Als ein Geselle auf diese rohen

Mißhandlungen dem Meister Vorhaltungen macht, sagt dieser zu seinen Arbeitern: „Ihr könnt alle gehen, ich habe euch schon lange satt“. Die Arbeiter gingen, bekamen am kommenden Tag ihr Geld und ihre Papiere und das Arbeitsgericht wird in einer kommenden Verhandlung noch zu entscheiden haben, ob der Antrag der Arbeiter auf Weiterzahlung des Lohnes wegen ungerechtfertigter Entlassung gerechtfertigt ist.

Was uns über die arbeitsrechtliche Frage hinaus interessiert, ist, ob es keine Stelle gibt, die solchen Unmenschen das Handwerk legen kann. Nach unserer Meinung sollte sich der Staatsanwalt für diesen Falle unbedingt interessieren.

Lehrlingsmißhandlungen sind leider noch viel weiter verbreitet, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist, erklärte uns ein Gewerkschaftsvertreter, der die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben gut kennt. Die

fortschrittlichen Arbeiter in den Betrieben sollten den Rohlingen, die der Meinung sind, sie können bei jeder Gelegenheit auf Lehrlingen oder Jungarbeitern herumpritschen, entgegenzutreten. Es ist an der Zeit, daß mit diesem traurigen Kapitel Schluß gemacht wird.

Ein Betriebsrat gibt Rechenschaft

Betriebsversammlung der Mannheimer Motorenwerke

Ein guter Betriebsrat setzt sich nicht nur tatkräftig für die Interessen seiner Belegschaft ein, für ihn ist es auch selbstverständlich, daß er der Belegschaft Rechenschaft über seine Tätigkeit gibt und dieselbe zur öffentlichen Diskussion im Betrieb stellt.

Der Betriebsrat der Mannheimer Motorenwerke gab vor der Gesamtbelegschaft am vergangenen Donnerstag im Capitol den Rechenschaftsbericht durch den Kollegen Holzhauser. Wir entnehmen demselben, daß der Betrieb im vergangenen Jahr seine Produktion steigerte. Somit ist auch der Verdienst der Firma größer geworden, während die Arbeiter und Angestellten mit ihrem Lohn einfach nicht mehr auskommen können.

Auf Akkordfragen zu sprechen kommend, betonte der Redner, daß bei Akkordneufsetzungen stets ein Vertreter des Betriebsrates hinzugezogen werden soll. Gegenüber den Bestrebungen der Firma, für „Auswurf“ die Arbeiter schadenpflichtig zu machen, verlangte er eingehende Prüfung, inwieweit den einzelnen Arbeiter ein Verchulden trifft, wiederum im Beisein des Betriebsrates. Der Betriebsrat hat bisher den Standpunkt vertreten, daß der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in bezug auf die Jugend durchgeführt werden muß.

In den Fragen der Arbeitszeit hat die Belegschaft angesichts der schlechten Ernährungslage mit großer Mehrheit eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 42½ auf 48 Stunden abgelehnt. Jedoch sind trotz diesem Mehrheitsbeschluss zahlreiche Arbeiter zur Samstagsarbeit erschienen. Gegenüber dem Vorjahre wurde eine wesentliche Erhöhung der Weihnachtsgratifikation erreicht. Dagegen hat die Direktion in der Frage einer Erhöhung der Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge bis jetzt kein Entgegenkommen gezeigt. Aber auch in dieser Frage wird der Betriebsrat bestrebt sein, noch etwas für die Lehrlinge durchzusetzen.

Zulagewesen, Fragen der Unterstützungskasse, verschiedene andere soziale Fragen fanden im Bericht des Vorsitzenden eine eingehende Würdigung und schließlich setzte sich der Redner in leidenschaftlichen Worten für die Erhaltung der Gewerkschaftseinheit, für die Solidarität aller Arbeiter, die angesichts der Lage in Westdeutschland notwendiger ist denn je, ein. Er brachte auch

seine Bedenken über die nachteiligen Auswirkungen des Ruhrstatuts auf die Lage der Arbeiterschaft zum Ausdruck und unterstrich die Forderung der Arbeiterschaft auf das Mitbestimmungsrecht.

Aus der anschließenden Diskussion, von der zahlreiche Belegschaftsmitglieder Gebrauch machten, dürfte der Betriebsrat für seine weitere Tätigkeit wertvolle Fingerzeige erhalten haben. Die Methoden der Akkordkalkulation wurden teilweise recht heftig kritisiert, „ein Kalkulator muß die Richtigkeit seiner Kalkulation auch wirklich in allen Einzelheiten nachweisen können“, erklärte Kollege Dell unter starker Zustimmung der Versammlung. Ein anderer Kollege zeigte auf, mit welchen Mühseligkeiten und bürokratischen Umständen sich die Akkordarbeiter manchmal herumärgern müssen, bevor sie überhaupt eine Arbeit anfangen können. Immer wieder kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß die Löhne viel zu niedrig sind und daß, wenn die Firma sparen muß, dies keinesfalls auf Kosten der Löhne getan werden darf.

Die Versammlung war der Beweise dafür, daß die Arbeiter und Angestellten der Motorenwerke lebhaften Anteil an der Arbeit ihres Betriebsrates nehmen. Wenn der Betriebsrat sich auch in Zukunft tatsächlich der Interessen der Belegschaft annimmt, dann kann er sicherlich auf die volle Unterstützung derselben in jedem Falle rechnen.

Gegen die Bezahlung der Zweckpropaganda

Aus dem Betrieb Siemens-Schuckert, Abteilung Reparaturwerkstatt, wird uns berichtet, daß die Belegschaft über die Abzüge für „Notopfer Berlin“ empört und stark erregt ist. Auf einer Liste, die zirkulierte, haben sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fast restlos eingezeichnet und verlangen von ihrer zuständigen Gewerkschaft eine Stellungnahme gegen das „Notopfer Berlin“, das sie als eine politische Zweckpropaganda ansehen und bezahlen müssen.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortl. für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Telef. 433 69. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage 25 000.

Verteidigungsfonds „Max Reimann“

Seine Verteidigung ist Ehrensache des deutschen Volkes Gegen das Besatzungsstatut Für einen gerechten Frieden.

Spenden sind einzuzahlen auf das Postcheckkonto Stuttgart 5 Walter Oldorf Nr. 74615 des Landesvorstandes der KPD Württemberg/Baden.

Wie eine kalte Dusche!

Ist die Leitung der Gewerkschaftsjugend auf dem richtigen Wege?

Ein Jugendgewerkschaftler schreibt uns: „Die Lage der schaffenden und lernenden Jugend hat sich durch die Auswirkungen der Währungsreform ungemein verschlechtert. Überall wird von der Not der Jugend in den Betrieben gesprochen, ebenso von der Bedrängnis der studentischen Jugend, die sich mit Gelegenheitsarbeit durch das Studium hungern muß, sofern nicht die Angehörigen über das nötige Kleingeld verfügen. Um so erfreulicher für alle Jugendlichen mußte die Kunde klingen, daß sich in Eßlingen am 5. und 6. Februar, anläßlich des „Treffens der schaffenden und lernenden Jugend“, die Vertreter der gesamten Jugend zusammenfinden wollen, um gemeinsam über Wege zu beraten, die aus der Not der heutigen Jugend herausführen können.“

Um die organisatorischen Vorbereitungen Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisgestaltung die Diskrepanz zwischen Schwarzmarktpreis und Normalpreis zu mildern.“ In der Praxis würde es sich aber um die Anerkennung der Schwarzmarktpreise als „Normalpreise“ für einen so wichtigen Bestandteil der Volksernährung handeln.

rechtzeitig treffen zu können, haben sich verschiedene Jugendortsausschüsse der Gewerkschaftsjugend schon mit dem Treffen der lernenden und schaffenden Jugend beschäftigt. Wie eine kalte Dusche wirkte nun in den letzten Tagen auf die jungen Gewerkschaftler ein Rundschreiben des Jugendsekretariats des Bundesvorstandes in Stuttgart, in dem die Ortsausschüsse aufgefordert werden, zu dem Jungentreffen in Eßlingen keine Stellung zu nehmen, mit der Begründung, daß die Verbesserung der Lage der Jugend ausschließlich Sache der Gewerkschaften sei.

Wir sind der Auffassung als junge Gewerkschaftler, daß es einer ehrlichen Gewerkschaftsjugendleitung nur recht sein kann, wenn sie in ihrem Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der schaffenden Jugend von anderen jungen Menschen dabei unterstützt wird. Wir sind als junge Menschen nicht gewillt, einem „Befehl von oben“ zu gehorchen, der dazu noch so fadenscheinig begründet wird, wie es in dieser Angelegenheit der Fall ist. Die werktätige Jugend wird jede Gelegenheit wahrnehmen, ihre Lage zu verbessern, sie wird diese Aufgabe nicht allein dem Jugendsekretariat der Gewerkschaftsjugend in Stuttgart überlassen, zumal durch das letzte Vorkommnis das Vertrauen der jungen Gewerkschaftler zu diesem Jugendsekretariat doch etwas gelitten hat.“

Freie Bahn für Hammel und Schwein

Der Unterausschuß für Ernährungsfragen des Frankfurter Wirtschaftsrates beim bizonalen Wirtschaftsrat hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen, daß Schweinefleisch, Hammelfleisch und Schafffleisch aus der Bewirtschaftung und Preisverordnung herausgenommen werden soll. Eine Ausnahme dieser Resolution würde bedeuten, daß Schweinefleisch und Hammelfleisch in Zukunft für die Ernährung der schaffenden Kreise in Bizonien in Fortfall käme. Eine Freigabe würde natürlich sofort die Preise für Schweinefleisch und Hammelfleisch in eine für den Arbeiter unerschwingliche Höhe treiben, wie wir es ja schon vorher bei den Eiern erlebt haben. Die Schweinemast-Aktion würde damit nur einer eng begrenzten, privilegierten Schicht der Neureichen zugute kommen und für die arbeitenden Schichten bliebe nur das zäheste Kuhfleisch. Der Antrag des Unterausschusses des Wirtschaftsrates für Ernährungsfragen zielt also auf nichts anderes als auf die Legalisierung der jetzigen Schwarzmarktpreise für Schweinefleisch und Hammelfleisch. Diese vom Standpunkt der Profitmacher löbliche Absicht wird vorsichtig mit dem Satz umschrieben: „durch

Deutschland im Westunionsplan

Vor Pressevertretern in London erklärte der französische Außenminister Robert Schuman, daß Frankreich sich für die Aufnahme Deutschlands in die „Europäische Organisation“ einsetze.

Entmilitarisierung? — Remilitarisierung!

Karlsruhe. (AK) Mit dem Einzug des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers, dem alten und neuen Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Günther Quandt in die Industriewerke Karlsruhe, rühren sich auch wieder seine Mitarbeiter, deren Tätigkeitsfeld nach 1945 unfruchtbar geworden war.

In Karlsruhe versucht der frühere Betriebsleiter Bauer des Filialbetriebes Grötzingen der DWM Spezialisten anzuwerben für den Aufbau einer Munitionsfabrik in Ägypten. Angeblich handelt Bauer im Auftrag einer Schweizer Firma, die ein Monatsgehalt von 6000fr. bietet.

Es bietet sich uns hier wieder ein Beispiel des glühenden Patriotismus. Gestern haben diese Herrschaften die Munition für den Hitlerkrieg fabriziert, heute stehen sie im Dienste irgendwelcher anderer Rüstungshyänen und lauern nur auf die ersehnte deutsche Remilitarisierung.

Das Geheimnis des kommunistischen Wahlsieges

In Grenoble wie in Firminy konnte ein Toter um die kommunistische Partei eine gewisse Atmosphäre menschlicher Sympathie schaffen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter ist gewöhnlich außerordentlich lebhaft.

Aber die Gegner des Kommunismus müssen sich fragen, ob im politischen Kampf der Geist der Hingabe und der Disziplin nicht eine der notwendigen Tugenden, und im vorliegenden Falle eine der inneren Ursachen der kommunistischen Erfolge ist.

Die weltweiten Folgen

Gestern hat der Westen eine große Schlacht verloren im kalten Krieg. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte Ostasiens hebt an. Die Macht des Bolschewismus, in hundertfach veränderter Form, gewiß unter anderem Vorzeichen und mit anderen Parolen als bei uns, aber dennoch eben die Macht des Bolschewismus hat einen ihrer größten Siege errungen. Die weltweiten Folgen werden lange zu spüren sein.

Deutsche Konkurrenz und deutsche Löhne

Die eigentliche Realität hinter den großen Reden über die „westeuropäische Einheit“ wird in dem scharfen Konkurrenzkampf sichtbar, den die westeuropäischen Brüder um die Exportmärkte führen, und in den Westzonen als das schwächste Glied von vornherein ohne jede Chance sind.

Die deutsche Arbeiterschaft ist keinesfalls daran interessiert, daß deutsche (und

Ein paar ketzerische Glossen zu der Bonner Verfassung

Von unserem Bonner Sonder-Korrespondenten

Es ist sehr zu bedauern, daß durch die aggressive Politik der CDU/CSU und dem Bestreben, Schul- und Kirchenfragen in der Bonner Verfassung nach ihrem Willen zu regeln, die wichtigste Frage etwas in den Hintergrund getreten ist. Diese lautet: Spaltung Deutschlands und eine Separat-Verfassung nach dem Willen der Londoner Konferenz oder Einheit Deutschlands und eine gesamtdeutsche Verfassung?

Wenn hier von der Macht der Kirche die Rede ist, dann ist die Amtskirche als solche gemeint, die Kirche als weltlich-politische Macht, nicht die Kirche als geistige Institution. Als solcher kann man ihr gar nicht genug Macht über die Menschenherzen wünschen, damit diese sich endlich und ausnahmslos den sozialen Aufgaben zuwenden möchten.

Wenn aber die Amtskirche die Macht hätte, so etwa wie in Spanien oder Argentinien und vielleicht sonstwo in irgend einem der südamerikanischen pseudo-demokratischen Staaten, was würde dann, ganz analog der Verhältnisse in jenen Staaten, geschehen? Würde etwa der Bonner Verfassungsentwurf mit den Worten beginnen können:

„Alle Gewalt geht vom Volke aus! Keinesfalls. Es würde irgendein Diktator aufstehen, ein General, wie in den genannten Ländern (oder ein Gefreiter wie bei uns vor anderthalb Jahrzehnten) und behaupten, er sei von Gott gesandt. Er würde sich fälschlich auf das Pauluswort berufen, (falls seine Leibwache noch nicht stark genug ist), daß jede Obrigkeit von Gott sei und man ihr zu gehorchen habe. Die Völker unter faschistischem Joch haben es erlebt und die Franzosen auch, als Marshall Petain von Hitler in die Macht gehoben wurde. Damals sagten die französischen Bischöfe: „Ein französischer Katholik hat die Pflicht, dem Marschall zu gehorchen, ihm zu dienen und ihn zu unterstützen. Er begibt eine Sünde, wenn er es nicht tut.“ Die Gewalt Petains

Wenn die Kirche die Macht hätte...

Ein paar ketzerische Glossen zu der Bonner Verfassung

ging von Hitler aus, wäre sie von dem französischen Volke ausgegangen, so hätte das im Widerspruch zur Lehre der katholischen Kirche gestanden. Das sage nicht ich, das sagte Papst Pius X. am 25. August 1910 aus anderem Anlaß zu den französischen Bischöfen:

„Unser Vorgänger hat eine gewisse Demokratie angegriffen, die auf die verwirlichste Art und Weise in der Gesellschaft dem Volke die Oberherrschafft zuschreibt. Nun, was haben die Führer des „Sillon“ (erste Bewegung junger Katholiken aus dem ersten Jahrzehnt) anders getan? Auch sie sagen, das Volk sei die oberste Instanz und stellen sich damit gegen die katholische Lehre.“

Also ist der erste Artikel der Bonner Verfassung auch gegen die katholische Lehre. Warum stimmt die CDU nicht dagegen? Etwa, weil sie der Meinung ist, das Volk habe ein Recht zu bestimmen, unter welcher Staatsform es leben will und sich entsprechend eine Verfassung zu geben? Lassen wir einmal außer Betracht, daß die Bonner Verfassung in ihrer Struktur von den Alliierten vorgeschrieben ist. Wenn die CDU dem Volk dieses Recht zugestehen will, steht sie sofort wieder im Gegensatz zu einem ganz klaren und eindeutigen Papstwort. Derselbe Pius X. sagte in seiner Enzyklika „Vehementer nos“:

„Was die Masse anbetrifft, so hat sie kein anderes Recht, als sich als eine gehorsame Herde führen zu lassen und ihrem Hirten zu folgen.“ Wer überhaupt keine Rechte hat, der kann auch keine Grundrechte haben und auch kein Elternrecht. Das ist doch wohl ein logischer Schluß. Aber

vielleicht ist es doch ein Trugschluß und wir müssen an die gehorsame Herde denken, die ihrem Hirten folgt, so daß die Ausübung des Elternrechtes im Grunde gar nichts anderes ist, als die treue Befolgung eines Befehles des Hirten und dieser hinwiederum nur ein Mittel zur Macht.

Da könnte jemand einwenden, das ist doch eine demokratische Methode, wenn die Kirche ihre Gläubigen aufruft, sich für das Elternrecht und durch dieses für eine bestimmte Schulart einzusetzen, sind ihre Stimmen in der Mehrheit, dann ist nach ihrem Willen beschlossene. Wenn dem so wäre. Es könnte aber auch sein, daß diese Stimmen in der Minderheit bleiben. Für diesen Fall hat der Bischof Dr. Stohr auf dem Mainzer Katholikentag 1948 vorsorglich erklärt, würden sich die Katholiken dem Mehrheitsbeschluß nicht beugen, weil ihr gottegebenes Naturrecht unabdingbar sei.

Man sieht, das ist eine sehr komplizierte Angelegenheit. Da sollen die Katholiken ein Recht ausüben, obwohl ihnen die Herde gar kein Recht zusteht, es sollen dieses Recht aber nur haben, die es stimmen, wie es die Kirche will, bleiben die Kirchenstimmen in der Minderheit, dann soll alles ungültig sein und es soll doch so gemacht werden, wie es die Kirche will.

Nein, so geht es nicht, wenigstens nicht in einer Demokratie. Und weil wir die Demokratie wollen, widersetzen wir uns ganz eindeutig diesen Ansprüchen der Kirche, die entweder auf dem direkten Wege wie bei Franco oder Peron (oder bei Hitler und Mussolini) zur Diktatur führen oder hinterherum die Demokratie zur Farce machen. In der Demokratie müssen die Freiheit des Gewissens und die Religionsfreiheit

eindeutig gewährleistet sein, unbeschadet dessen, daß es auch päpstliche Äußerungen gibt, die alle diese Freiheiten bestreiten und für gotteslästerlich halten. Sie sind es aber nicht, sondern gewähren die einzige Möglichkeit des Zusammenlebens der Menschen verschiedener Bekenntnisse und Weltanschauungen in einem Staate.

Wenn ein Recht nur behauptet wird, um mit ihm die Gewissensfreiheit zu knebeln, und das ist mit dem sog. Elternrecht gewollt, dann muß es als unechtes Recht ebenfalls abgelehnt werden.

Es wäre nicht gut, wenn die Kirche zur Macht käme. Wie traurig, daß man das sagen muß. Sie verbündet sich in der Macht immer mit der Reaktion. Sie ist groß und rein, wo sie als Magd Christi nach seinem Wort dem Volke dient. „Was ihr dem geringsten seiner Brüder tut...“ Wir bestreiten die Lauterkeit der Motive jener Politiker, die der Kirche zur weltlichen Macht verhelfen wollen. Sie tun es aus Eigennutz. In Bonn, anderswo und überall. Die wahre Kirche lebt nicht in Verfassungen, sie lebt einzig und allein in den Herzen ihrer Gläubigen, und zwar dann am stärksten, wenn sie keine weltliche Macht besitzt. Ist die Kirchengeschichte dafür nicht ein eindeutiger Beweis?

Nicht die Augen verschließen

An Stalins großem Sieg ist nicht mehr zu rütteln. Doch sollte man wenigstens zu den begangenen Versäumnissen nicht noch das eine hängen: die Augen zu verschließen vor dem, was wirklich geschieht. Der Westen hat eine Entscheidungsschlacht verloren. Wenn er sich das heute nicht eingesteht, werden ihm das eines Tages die Ereignisse lehren, die aus dem Triumph des Generals Mao folgen müssen.

Allgemeine Zeitung, Mainz



Süddeutsche Oberliga

- VfR Mannheim — Rödellheim 2:0
Kickers Offenbach — Waldhof 3:2
BC Augsburg — Eintracht Frankfurt 2:0
VfB Stuttgart — 1860 München 2:0
Ulm 46 — Schweinfurt 05 6:1
Mühlburg — Kickers Stuttgart 6:1
FSV Frankfurt — Schwaben Augsburg 2:0
Bayern München — 1. FC Nürnberg 2:1

Ein Tag der Platzvereine. Sämtliche acht Treffen der Oberliga endeten mit Heimsiegen, einige davon mit sensationellen Ergebnissen. Mühlburg schlägt die Stuttgarter Kickers mit 6:1, mit dem gleichen Resultat kartiert Ulm 46 die Schweinfurter nieder. Womit bewiesen wird, daß über den Abstieg, aber auch über den zweiten Tabellenplatz noch nichts entschieden ist. — Der Tabellenführer Offenbacher Kickers war diesmal einer Niederlage bedenklich nahe, konnte aber mit 3:2 doch noch belde Punkte kassieren und steuert so immer sicherer der Meisterschaft entgegen. — Vom derzeitigen Tabellenzweiten VfR Mannheim kann man derzeitiges nicht berichten. Erst in den letzten acht Minuten konnten die Rasenspieler gegen die schnelleren und eifrigeren Rödellheimer den Sieg durch zwei Tore von Altig und Langlotz sicherstellen. Von einem einigermaßen systematischen Zusammenspiel war im VfR-Sturm, in dem sich das Fehlen Stiefvaters stark bemerkbar machte, nichts zu sehen. Selbst in Bezug auf Ballbehandlung ließen einzelne Spieler durchaus keine Oberligareife erkennen. Die eifrigen Rödellheimer hätten ein Unentschieden durchaus verdient gehabt. — Der Nürnberger Club kam, wie erwartet, in München gegen die Bayern um eine Niederlage nicht

Sportecho



herum und nähert sich bedenklich dem unteren Tabellenende.

Am kommenden Sonntag gastiert Mühlburg auf dem Waldhof. Nach ihrem Rombensieg kann man auf ihr Abscheiden in Mannheim besonders gespannt sein. Aber, da die Mühlburger Ganzleistungen wie letzten Sonntag bisher nur zu Hause zeigten, darf man wohl den Waldhöfern die besseren Chancen geben. — Der VfR Mannheim fährt nach Stuttgart zu den Kickers, wo sehr schwer zu gewinnen ist. Ein Unentschieden wäre schon ein Erfolg für die Mannheimer. — Die Offenbacher Kickers müssen nach Nürnberg zum Club. Eigentlich sind die Offenbacher in diesem Treffen Favorit, aber wir trauen dem Club doch wieder einmal eine große Leistung zu und ein Nürnberger Sieg würde durchaus nicht überraschen. In den übrigen Spielen Eintracht Frankfurt — VfB Stuttgart, 1860 München — Ulm 46, Schweinfurt 05 — BC Augsburg, Schwaben Augsburg — Bayern München, Rödellheim — FSV Frankfurt sind die Platzbesitzer leicht zu favorisieren.

Schach

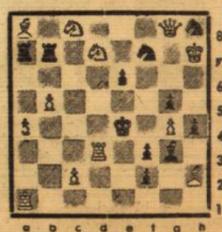
Lösung zur Aufgabe Nr. 3 H. OM. 1. K7 (Droht Dxa6#)

Stadtmesterschaft der Jugend führen jetzt Wild und Brune punktgleich mit je 5 Pkt. Wild verlor gegen Brune und hat somit die Gelegenheit verpaßt, sich mit 5 1/2 Punkten den ersten Platz zu sichern. An dritter Stelle folgt Stenger, Walter mit 4 1/2 Punkten. Auf dem 4. bis 9. Platz befinden sich mit je 3 1/2 Punkten Bertsch, Reiter, Philipp Schmitt, G. Schmitt, Wickenhäuser und Wolfensberger. Möglicherweise werden sich noch einige Spie-

ler, deren Spiele nicht zu Ende gespielt sind, in dieser Gruppe einschleichen.

„Welche tiefe Weisheit ist im Schach enthalten, nur wenn wir's denkend u. bewußt gestalten.“ (W. Thönissen)

Problem Nr. 4



W. May, Mannheim
Urdruck
Matt in 2 Zügen

Kontrollstellung: Weiß: Kh7, Dg8, Tal d3, La8 h2, Sc8 d7, Ba4, b5, c2, g4, (12). Schwarz: Ke4, Ta7 b7, Lg3, Sf7 h8, Be6, f3, 2, g5, h4 (11).

Problemkomponist May ist bei den Problemfreunden kein Unbekannter. Bei dieser Gelegenheit weisen wir nochmals darauf hin, daß der Einsendetermin, des Problemwettbewerb Hamburg — Würzburg — Mannheim Ende Februar ist. Alle Mannheimer Komponisten sollen sich daran beteiligen. Verlangt wird: Zweizüge mit Schachprovokation, und 3 Züge mit Schachaufangspiele.

Einzusenden an W. May, Mhm.-Schönau, Kattowitzer Zelle 13.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 6. Februar bis 14. Februar 1949

- Sonntag, 6. Febr., nachmittags, freier Verkauf: „Peterchens Mondfahrt“, Weihnachtsmärchen von Gerd von Bassewitz. Anfang 14.30 Uhr, Ende etwa 16.30 Uhr. — Abends, freier Verkauf: „Don Juan“, Oper von W. A. Mozart. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.15 Uhr.
Montag, 7. Febr., Platzsicherung Abt. O Nr. 8: „Wiener Blut“, Operette von Johann Strauß. Anfang 18.30 Uhr, Ende etwa 21 Uhr.
Dienstag, 8. Febr., Platzsicherung Abt. K Nr. 2: „Alles was ich schon einmal“, Schauspiel von J. B. Priestley. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.
Mittwoch, 9. Febr., Platzsicherung Abt. N Nr. 8: „Tiefstand“, Oper von Eugen d'Albert. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr.
Donnerstag, 10. Febr., Platzsicherung Abt. H Nr. 9: „Ein kleiner Engel ohne Bedeutung“, Komödie von Claude-André Puget. Anf. 19.30 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.
Freitag, 11. Febr., Platzsicherung Abt. J Nr. 9: „Iphigenie auf Tauris“, Schauspiel von Joh. Wolfgang v. Goethe. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.
Samstag, 12. Febr., Premieren-Abonnement Nr. 9, in neuer Inszenierung: „Medea“, Trauerspiel von Grillparzer. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr.
Sonntag, 13. Febr., nachmittags, freier Verkauf: „Peterchens Mondfahrt“, Weihnachtsmärchen von Gerd von Bassewitz. Anfang 14.30 Uhr, Ende etwa 16.30 Uhr. — Abends, freier Verkauf: „Wiener Blut“, Operette von Johann Strauß. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.
Montag, 14. Febr., nachm., ohne Kartenverkauf, Schülervorstellung für die Schüler der Höheren Lehranstalten: „Iphigenie auf Tauris“, Schauspiel von Joh. Wolfgang v. Goethe. Anfang 14.00 Uhr, Ende etwa 16 Uhr. — Abends, Platzsicherung Abt. F Nr. 9: „Medea“, Trauerspiel von Grillparzer. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr.

Im Rosengarten:

- Sonntag, 6. Febr., freier Verkauf: „Der Mustergatte“, Schwank von Avery Hopwood. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 21.15 Uhr.
Sonntag, 13. Febr., freier Verkauf: „Der Mustergatte“, Schwank von Avery Hopwood. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 21.15 Uhr.
In Neckarau — Volkshaus:
Mittwoch, 9. Febr.: „Hurra — als Jungel“, Schwank von Arnold und Bach. Kartenverkauf im Volkshaus Neckarau. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr.

Bau-Unternehmen

empfeilt sich für Hoch- Tief- Eisenbeton Zimmer- und Gipsarbeiten ebenso für Fußböden (fugenlos) Wärmetechnik isoliert H. STARK - BAUINGENIEUR - WALDHOF Oppauer Straße 6

ALSTER-LICHTSPIELE DAS THEATER AN DEN PLANKEN

Ab Freitag, 4. Februar Richard Tauber

Willy Eichberger - Carl Esmond - Jane Baxter - Paul Graetz

In der Wiener Filmromanz

„Dein ist mein Herz“

Franz Schuberts unsterbliche Melodien. — die unvergessliche Stimme Richard Taubers — ein musikalisches Fest.

Ein Associated-British-International-Film der Pathé Pictures Ltd. London im Omnium-Verleih in deutscher Sprache.

Anfangszeiten: 12.30 — 15.45 — 18.00 — 20.15 Uhr.

Vorverkauf ab 12 Uhr an der Theaterkasse, außerdem bei Zigaren - Schmidt, P 4, 15.

Gasthaus „Dorfschänke“ Bes.: Fritz Kraft Mannheim, O 4, 10 empfiehlt seine gepflegte Weine, Biere, Spirituosen. Erstklassige Küche. Nebenzimmer für 50 Personen.

KLISCHEES ENTWURFE GEBRÜDER MULLER H 7, 29 - TEL. 536 81

WEINPROBE „Zum goldenen Ochsen“ Inh. Wilh. Singer H 5, 21 Ausschank und Straßenverkauf von nur prima Qualitätsweinen SELBSTBEDienung

Wer bastelt, kennt Radio-Dahms Mannheim - K 1, 1

PALAST THEATER

Anlässlich des 35-jährigen Bestehens unseres Hauses bringen wir als Jubiläumsprogramm:

Char'es Boyer, Irene Dunne

In der charmanten Komödie

Modell wider Willen

in deutscher Sprache

Auf der Bühne in der Vorstellung um 17.30 u. 20.00 Uhr die Musikalische

„Die drei Hagens“

Seg.: So. ab 13.30, Vorverk. ab 10.30 18.20, 11.50, 13.50, 15.50, 17.50, u. 20.00 Uhr

CAPITOL

Filmtheater am Meßplatz

Freitag bis Donnerstag

Olivia de Havilland

in

„Mutterherz“

Solange es Liebende geben wird, solange wird von diesem Film gesprochen werden.

Beachten Sie die neuen Anfangszeiten Täglich: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr

Spinglers Speisegaststätte Mannheim Friedrich-Ebert-Straße 46

IA SPEISEN und GETRÄNKE

Pitschpine-Küche mit 2 Schränken, gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Angebote unter Nr. 461 an den Verlag.

SCHUHHAUS BERTEL WILHELM

Fachmännische Beratung u. sorgfältige

Auswahl sichern Ihnen gute Bedienung

Q 3, 21 - FRESSGASSE

Georg Kohlmeier

Das Fachgeschäft für gute Qualitätszigarren

MANNHEIM - Qu 2, 13

Nur dem Geschäftsmann unser Geld. Der's mit unserer Presse hält!

„Zur Weinprobe“

Besitzer Fritz Mack G 2, 10

Bier, Weine, Spirituosen

Gaststätte Stadt Heilbronn

Inh. Karl Fertig Holzstraße 19 Tel. 415 76

Verkehrslokal der KPD, Freien Sängervereinigung und Briefniederlage der Binnenschiffer. Gepflegte Biere und Weine Guter Mittag- und Abendtisch

Schwetzingen Straße 27 G 3, 9 (Nähe Marktplatz) Seckenheimer Straße 110 Rheinau, Stengelhofstraße 4

Probieren auch Sie

1948er Westhofener

Rheinheisserer

Weißwein

Liter nur 3.60

Max Pfeiffer

Weinhandlung

Schwetzingen Straße 27 G 3, 9 (Nähe Marktplatz) Seckenheimer Straße 110 Rheinau, Stengelhofstraße 4